

I.1 Vergabebedingungen

Vergabeverfahren „Programmierleistungen und Betriebssupport für Kommunikationswebseiten auf Drupal-Basis“,

Vergabe-Nr. ECA-2026-036

Vergabestelle:

Bundesdruckerei GmbH

Office for EU-Contract awarding (FP ECA)
Kommandantenstraße 18
10969 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Auftraggeber	3
3	Leistungsgegenstand.....	3
4	Losaufteilung	3
5	Kommunikation / eVergabe	3
6	Vergabeunterlagen	4
7	Fragen zu den Vergabeunterlagen	4
8	Angebot	5
	8.1 Angebotsfrist und Form	5
	8.2 Preise	5
	8.3 Weiterer Angebotsinhalt	6
9	Nebenangebote	8
10	Angaben und Nachweise zur Eignung	8
11	Bietergemeinschaft	11
12	Unterauftragnehmer	12
13	Eignungsleihe	12
14	Angebotsprüfung und Angebotsbewertung, Zuschlagskriterien	13
15	Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote	17
16	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen	17
17	Zuschlagserteilung	17
18	Zuschlags-/Bindefrist	17
19	Datenschutz, Vertraulichkeit, Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren	17
20	Sprache	18
21	Zuständige Nachprüfungsstelle gemäß § 159 GWB	18

1 Einleitung

Die nachfolgenden allgemeinen Bedingungen sollen den Bietern helfen, ein wertbares Angebot abzugeben. Mit Erhalt der Aufforderung zur Angebotsabgabe nebst Vergabeunterlagen werden Sie gebeten, sich mit einem entsprechenden Angebot zu beteiligen.¹

2 Auftraggeber

Der Auftraggeber,

Bundesdruckerei GmbH, Kommandantenstraße 18, 10969 Berlin

beabsichtigt, die in den Vergabeunterlagen näher definierten Leistungen zu vergeben.

3 Leistungsgegenstand

Gegenstand der ausgeschriebenen Leistung ist der Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Webseiten-Programmierung auf Drupal-Basis für Kommunikations- und Marketingmaßnahmen sowie die zum Betrieb der Webseiten erforderlichen Supportleistungen. Nähere Informationen zum Leistungsgegenstand können der den Vergabeunterlagen beigelegten Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) entnommen werden.

4 Losaufteilung

Eine Aufteilung in Lose ist nicht vorgesehen.

5 Kommunikation / eVergabe

Für alle Schritte des elektronischen Vergabeprozesses im Rahmen des vorliegenden Verfahrens und insbesondere für die Angebotsabgabe nutzen wir das Portal „*Deutsches Vergabeportal*“ (<http://www.dtv.de>).

Sie müssen Ihr Angebot und Ihre Fragen in elektronischer Form über den Vergabemarktplatz DTVP unter Anwendung der dort vorhandenen Möglichkeiten abgeben (Bietertool / webbasierte Abgabe). Zur Installation des Cosinex-Bietertools auf Ihrem Computer werden Sie ggf. zur Installation von „Java“ aufgefordert.

Wichtiger Hinweis: Bei Problemen erhalten Sie Unterstützung über das Service- und Supportcenter der Cosinex GmbH unter <http://support.cosinex.de>. Technische Fragen zur Vergabepattform sind nur an die Cosinex GmbH zu stellen und nicht an den Auftraggeber! Achten Sie dabei auf die Geschäftszeiten.

Zur Einsicht und Bearbeitung der im PDF angebotenen Vergabeunterlagen benötigen Sie einen PDF-Viewer wie den Adobe Reader in der jeweils aktuellen Fassung. Derartige Programme stehen im Internet kostenlos zur Verfügung.

¹ Die verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „*Bewerber*“ / „*Bieter*“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerber- / Bietergemeinschaften gemeint – mit „*Auftragnehmer*“ (AN) sind Bieter oder Bietergemeinschaften gemeint, die den Zuschlag erhalten haben.

6 Vergabeunterlagen

Es dürfen seitens des Bieters keine Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen werden. Die zum Abruf zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen sind nicht verhandelbar. Änderungen am Text der Vergabeunterlagen oder Zusätze im Angebot und/oder den beizufügenden Unterlagen, welche die Vergabeunterlagen inhaltlich modifizieren, sind unzulässig.

Die Bieter werden hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Angebote, die derartige Änderungen oder Zusätze enthalten, grundsätzlich ausgeschlossen werden.

7 Fragen zu den Vergabeunterlagen

Der Bieter hat die Bekanntmachung und die Vergabeunterlagen unmittelbar nach Erhalt auf Vollständigkeit zu überprüfen. Insbesondere hat sich der Bieter zu vergewissern, dass ihm sämtliche Unterlagen zur Verfügung stehen. Sind die Unterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung eines Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Fragen zum Verfahren sind rechtzeitig und ausschließlich über die Funktion „Kommunikation“ des Online-Portals Deutsches Vergabeportal (DTVP) in deutscher Sprache an den Auftraggeber zu richten. Der Auftraggeber wird die Fragen sammeln, anonymisieren und zeitnah beantworten. Mit der Übersendung einer Bieterfrage genehmigt der Bieter gleichfalls eine entsprechende Bekanntgabe. Die Beantwortung von Fragen erfolgt gegenüber allen Bietern zeitgleich ebenfalls über das Online-Portal DTVP.

Die Bieter werden gebeten, Fragen, die in einem engen zeitlichen Zusammenhang aufkommen, zu bündeln und von der separaten Einreichung einzelner Fragen abzusehen.

Die interessierten Unternehmen haben die Möglichkeit, sich für fortlaufende Informationen über den Ablauf des Vergabeverfahrens, wie etwa die Beantwortung von Bieterfragen, auf dem Online-Portal DTVP für das hier gegenständliche Vergabeverfahren zu registrieren und erhalten grundsätzlich eine Benachrichtigung über das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach.

Bitte beachten Sie, dass eine Registrierung keine vollumfängliche Gewähr für eine durchgängige Benachrichtigung bei neuen Informationen bieten kann. Die Bieter werden daher gebeten, den Posteingang des Online-Portals DTVP eigenständig in regelmäßigen Abständen auf etwaige Änderungen oder neue Informationen zum Vergabeverfahren zu prüfen. Unternehmen, die keine Registrierung vornehmen, haben sich eigenständig auf dem vorgenannten Portal über ggf. veröffentlichte Informationen zum Vergabeverfahren in Kenntnis zu setzen. Andere Stellen des Auftraggebers werden keine Auskünfte erteilen. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. Ausschließlich durch den Auftraggeber in Textform erteilte Auskünfte sind verbindlich.

Fragen, die nicht rechtzeitig, d.h. bis zum

26.06.2026, 23:59 Uhr

vorliegen, werden ggf. nicht beantwortet. Der Auftraggeber behält sich nach eigenem Ermessen vor, verspätete Fragen dennoch zu beantworten, wenn er diese für sachdienlich hält.

Die Antworten zu Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Die Bieter haben mit den Angebotsunterlagen eine montags bis freitags während der üblichen Geschäftszeiten ständig erreichbare E-Mail-Adresse zu benennen, an welche die Informationen des Auftraggebers gesendet werden können, soweit einer Versendung über das Vergabeportal DTVP technische Probleme entgegenstehen.

8 Angebot

Auf der Grundlage der Vergabeunterlagen und unter Nutzung der den Vergabeunterlagen beigefügten Vordrucke haben die Bieter ein vollständiges und verbindliches Angebot zu erstellen und abzugeben. Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Verfahrens entstehen, werden nicht erstattet.

8.1 Angebotsfrist und Form

Das vollständige Angebot ist unter Verwendung des Angebotsschreibens ausschließlich elektronisch in Textform bis spätestens

07.07.2026, 10:00 Uhr (Ausschlussfrist)

über das Onlineportal DTVP einzureichen.

Nach Ablauf der Angebotsfrist eingegangene Angebote werden vom Wettbewerb ausgeschlossen. Maßgeblich für das Einhalten der Angebotsfrist ist der tatsächliche Eingang des Angebots (Upload) über das Onlineportal DTVP, nicht der Zeitpunkt, zu dem mit der Übermittlung begonnen wird. Es wird empfohlen, das Angebot vorsorglich nicht unmittelbar vor Ablauf der Angebotsfrist abzugeben. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote über das Online-Portal DTVP zurückgezogen werden.

Die elektronische Einreichung des Angebots hat zwingend unter Nutzung der technischen Funktion/Reiter „Angebote/Anträge“ auf dem Onlineportal DTVP zu erfolgen (siehe Ziff. 5 der Vergabebedingungen). Eine Abgabe des Angebots unter Nutzung der Kommunikationsfunktion des Online-Portals entspricht nicht den Formvorgaben an das Angebot und führt zum zwingenden Ausschluss des betreffenden Angebots vom weiteren Vergabeverfahren. Schriftliche Angebote und Angebote via Telefax, E-Mail sowie telefonische Angebote sind ebenfalls nicht zugelassen.

Die einzureichenden Unterlagen sind in dem Dateiformat hochzuladen, in dem sie zur Verfügung gestellt wurden. Die Umwandlung der Unterlagen in das PDF-Format ist ebenfalls zulässig. Der Bieter trägt die Verantwortung dafür, dass sein Angebot rechtzeitig und vollständig in den vom Auftraggeber geforderten Dateiformaten eingeht. Eine Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen ergibt sich aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Die Öffnung der Angebote erfolgt voraussichtlich zeitnah nach Ablauf der Angebotsfrist. Bieter und deren Bevollmächtigte sind zur Teilnahme an der Öffnung der Angebote gemäß § 55 Abs. 2 VgV nicht zugelassen.

8.2 Preise

Die von dem Bieter angebotenen Preise sind entsprechend der Vorgaben und Ausfüllhinweise im Preisblatt in die dafür vorgesehenen Felder einzutragen und das Preisblatt ist sodann mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Einzelpreise sind in Euro, jeweils ohne die gesetzliche Umsatzsteuer anzugeben. Das Preisblatt ist im Format Excel einzureichen und die Hinweise im Preisblatt sind entsprechend zu berücksichtigen.

8.3 Weiterer Angebotsinhalt

Wertungsrelevante Unterlagen

Die Bieter haben mit dem Angebot das zur Erbringung der Leistung vorgesehene Projektteam gemäß Ziffer 2.2 der Leistungsbeschreibung, welches die aufgestellten Anforderungen und Vorgaben an die Qualifikation und Fachkenntnisse, wie sich diese aus der Leistungsbeschreibung ergeben, erfüllt, zu benennen. Zum Nachweis der Erfüllung der Qualifikation und der Berufserfahrung des Projektteams ist für jeden namentlich benannten und konkret für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter des Projektteams ein **Mitarbeiterprofil** bestehend aus den folgenden Unterlagen einzureichen:

Projektleiter

- ein Lebenslauf (eigenhändig zu erstellen, max. 2 Seiten, darüberhinausgehende Seiten werden nicht bewertet), aus dem sich die fachliche Qualifikation und die Berufserfahrung gemäß Ziffer 2.3.1 der Leistungsbeschreibung ergeben muss
- Nachweis über IHK-Zertifizierung als Projektleiter
- zwei (2) persönliche Referenzprojekte über mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbare Leistungen, die nicht älter als 5 Jahre (bezogen auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist) sein dürfen gemäß dem Dokument „II.10 Kandidatenprofil und Referenzprojekte“. Es sind Referenzprojekte vorzulegen, an denen der benannte Projektleiter maßgeblich beteiligt war. Diese sollen die erforderlichen Erfahrungen im Bereich Projektleitung nachweisen. Die Beschreibung der Referenzprojekte hat mithin Aussagen zur ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Erfahrungen zu enthalten.

Entwickler-Team (4 Personen)

- eine Auflistung aller Mitglieder des Teams (eigenhändig zu erstellen)
- je Person ein Lebenslauf (eigenhändig zu erstellen, max. 2 Seiten, darüberhinausgehende Seiten werden nicht bewertet), aus dem sich die fachlichen Qualifikationen und die Berufserfahrung gemäß Ziffer 2.3.2 der Leistungsbeschreibung ergeben muss
- je Person ein Nachweis der vorhandenen Zertifizierungen gemäß Ziffer 2.3.2 der Leistungsbeschreibung
- je Person ein (1) persönliches Referenzprojekt über mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbare Leistungen, das nicht älter als 5 Jahre (bezogen auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist) sein darf gemäß dem Dokument „II.10 Kandidatenprofil und Referenzprojekte“. Die Referenzprojekte müssen belegen, dass das jeweilige Teammitglied über die erforderlichen Erfahrungen im Bereich Entwicklung verfügt. Die Beschreibung der Referenzprojekte hat mithin Aussagen zur ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Erfahrungen zu enthalten.

First-Level-Support-Team (2 Personen)

- eine Auflistung aller Mitglieder des Teams (eigenhändig zu erstellen)
- je Person ein Lebenslauf (eigenhändig zu erstellen, max. 2 Seiten, darüberhinausgehende Seiten werden nicht bewertet), aus dem sich die fachlichen Qualifikationen und die Berufserfahrung gemäß Ziffer 2.3.3 der Leistungsbeschreibung ergeben muss
- je Person ein Nachweis über die vorhandenen Abschlüsse gemäß Ziffer 2.3.3 der Leistungsbeschreibung

Backend-Support-Team (3 Personen)

- eine Auflistung aller Mitglieder des Teams (eigenhändig zu erstellen)
- je Person ein Lebenslauf (eigenhändig zu erstellen, max. 2 Seiten, darüberhinausgehende Seiten werden nicht bewertet), aus dem sich die fachlichen Qualifikationen und die Berufserfahrung gemäß Ziffer 2.3.3 der Leistungsbeschreibung ergeben muss
- je Person ein Nachweis der vorhandenen Abschlüsse gemäß Ziffer 2.3.3 der Leistungsbeschreibung
- je Person ein (1) persönliches Referenzprojekt über mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbare Leistungen, das nicht älter als 5 Jahre (bezogen auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist) sein darf gemäß dem Dokument „II.10 Kandidatenprofil und Referenzprojekte“. Das Referenzprojekt muss belegen, dass das jeweilige Teammitglied über die erforderlichen Erfahrungen im Bereich Backend-Support verfügt. Die Beschreibung des Referenzprojektes hat mithin Aussagen zur ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Erfahrungen zu enthalten

Werden die vorstehenden Vorgaben an die Referenzprojekte nicht erfüllt, scheidet die betroffene Referenz aus der Bewertung aus. Unterschreitet die eingereichte Anzahl der Referenzprojekte je Mitarbeiter die vorgegebene Mindestanzahl, wird das betroffene Angebot aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Die Projektbeschreibungen haben dabei mindestens Angaben zum Auftraggeber, zum Durchführungszeitraum des Projektes in Monaten und insbesondere zum konkreten Projektinhalt sowie den erbrachten Tätigkeiten des Mitarbeiters zu enthalten. Aus der Beschreibung des Projektinhaltes und der erbrachten Tätigkeiten sollen sich für die Bundesdruckerei nähere Angaben zu den konkreten Qualifikationen und Fachkenntnissen des zur Auftragsausführung vorgesehenen Kandidaten des Projektteams des Bieters ergeben. Diese Angaben sind maßgeblich für die Angebotswertung.

Bitte beachten Sie insofern, dass ein geeignetes Projekt einzureichen ist und keine vollständige Auflistung aller Projekte des Mitarbeiters. Es sollte vielmehr ein Projekt des angebotenen Mitarbeiters gewählt werden, welches die Erfüllung der aufgestellten Qualifikationsanforderungen besonders gut abdecken. Der Schwerpunkt der Projektbeschreibung soll auf die inhaltliche Darstellung des Projektes und die Ausführungen zu den konkret erbrachten Tätigkeiten des entsprechenden Kandidaten für das Projektteam gelegt werden. Aus diesen Angaben muss sich für den Auftraggeber maßgeblich ergeben, dass die angebotenen Mitglieder des Projektteams zur ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Erfahrungen haben.

Erklärung zum Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs

Der Auftraggeber wird von demjenigen Bieter, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs (Formblatt) fordern. Die bietenden Unternehmen können diese Eigenerklärung bereits mit der Abgabe des Angebotes einreichen. Sollte die Erklärung nicht bereits dem Angebot beigelegt sein, wird der Auftraggeber sie vor Zuschlagserteilung vom Zuschlagsaspiranten innerhalb einer angemessenen Nachfrist in Textform abfordern. Wird die Erklärung dann nicht oder nicht fristgerecht vorgelegt, muss das Angebot ausgeschlossen werden. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist diese Erklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

9 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

10 Angaben und Nachweise zur Eignung

Bei der Auswahl der Angebote, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden nur Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der Leistung die erforderliche Eignung, d.h. Fachkunde und Leistungsfähigkeit besitzen und nachweisen.

Die Eignungsprüfung wird auf Basis der folgenden vom Bieter zu erstellenden bzw. auszufüllenden und mit dem Angebot einzureichenden Erklärungen und Nachweise vorgenommen:

hinsichtlich des Vorliegens von Ausschlussgründen und der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- (1) **ausgefüllte „Bieterselbstauskunft“**, unter zwingenden Angaben insbesondere zu Unternehmenssitz, Steuernummer und Umsatz-Steuer-Ident-Nummer, gesetzliche Vertreter, Gesellschafter und Höhe der Gesellschafteranteile, wirtschaftlich Berechtigte, Konzernstruktur;
- (2) **Auszug aus dem Handelsregister**, der den zum Zeitpunkt der Angebotsfrist aktuellen Stand wiedergibt und nicht älter als drei Monate (bezogen auf den Zeitpunkt der Angebotsfrist) ist;
- (3) **Eigenerklärung zu Ausschlussgründen** gemäß Formblatt;
- (4) **Auszug aus dem Wettbewerbsregister und Gewerbezentralregister** (nicht vom Bieter vorzulegen)

Der Auftraggeber ist verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter vorliegen, an den der Auftrag vergeben werden soll, um zu prüfen, inwiefern für diesen Bieter Gründe für den Ausschluss vom Vergabeverfahren bestehen. Der Auftraggeber wird deshalb hinsichtlich desjenigen Bieters, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister abfordern.

Ebenso behält sich der Auftraggeber vor, hinsichtlich desjenigen Bieters, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a GewO abzufordern und zu prüfen, inwiefern Gründe zum Ausschluss des Bieters vorliegen.

hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

(5) ausgefüllte „Bieterselbstauskunft“, unter zwingenden Angaben insbesondere zu

- a) Netto-Gesamtumsatz (in EUR) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre;
- b) Netto-Gesamtumsatz (in EUR) hinsichtlich mit zum Leistungsgegenstand vergleichbaren Leistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre;

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in der Leistungsbeschreibung dargestellten Anforderungen entsprechen.

Sollte das Unternehmen noch keine drei Jahre bestehen, sind die geforderten Angaben seit Unternehmensgründung zu tätigen.

hinsichtlich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

(6) ausgefüllte „Bieterselbstauskunft“, unter zwingenden Angaben insbesondere zu

- a) Gesamtanzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jeweils durchschnittlich im Unternehmen des Bewerbers / Bieters beschäftigten Arbeitnehmer;
- b) Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jeweils durchschnittlich im Unternehmen des Bewerbers / Bieters beschäftigten Arbeitnehmer, welche zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Leistungen erbringen;

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in der Leistungsbeschreibung dargestellten Anforderungen entsprechen.

- c) Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jeweils durchschnittlich im Unternehmen des Bewerbers / Bieters beschäftigte **festangestellte Mitarbeiter**, welche zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Leistungen erbringen;

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in der Leistungsbeschreibung dargestellten Anforderungen entsprechen.

Sollte das Unternehmen noch keine drei Jahre bestehen, sind die geforderten Angaben seit Unternehmensgründung zu tätigen.

(7) Nachweis gemäß „Referenzerklärung“ von Referenzprojekten, welche mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, aus den letzten drei (3) Jahren ausgehend vom Zeitpunkt der Angebotsfrist² unter Angabe:

- ❖ der Bezeichnung und Beschreibung der erbrachten Leistung(en) (Aufgabenstellung, Leistungsinhalte und Tätigkeiten),
- ❖ des Auftraggebers der Referenz (nebst den geforderten Angaben im Dokument „Formblatt Referenzerklärung“),
- ❖ des ungefähren Auftragsvolumens (Umsatz),
- ❖ des Leistungszeitraums und
- ❖ des Leistungserbringers.

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in der Leistungsbeschreibung dargestellten Anforderungen entsprechen.

Referenzerklärungen sind grundsätzlich unter Nutzung des Formblattes „Referenzerklärung“ und unter Benennung der geforderten Angaben zum Auftraggeber (Name und Anschrift, Branche/Bereich des Auftraggebers und Ansprechpartner nebst Kontaktdaten) nebst den weiteren geforderten Angaben zur erbrachten Leistung einzureichen. Auf die konkrete Benennung des Auftraggebers sowie des Ansprechpartners kann ausnahmsweise verzichtet werden, wenn diesen Angaben eine Vertraulichkeitsverpflichtung des Bieters gegenüber dem Referenzauftraggeber entgegensteht.

Mindestanforderungen im Rahmen der Eignungsprüfung:

In Bezug auf die unter Ziff. 5a geforderte Angabe zum Netto-Gesamtumsatz (in EUR) wird die folgende Mindestbedingung festgelegt:

- Der Netto-Gesamtumsatz des Bieters muss **mindestens 1,1 Mio. €** je Geschäftsjahr betragen.

In Bezug auf die unter Ziff. 6c geforderte Angabe zur Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jeweils durchschnittlich im Unternehmen des Bieters beschäftigte festangestellte Mitarbeiter, welche zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Leistungen erbringen, wird die folgende Mindestbedingung festgelegt:

- Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten **festangestellten Mitarbeiter**, welche zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Leistungen erbringen, muss in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren **mindestens 8** betragen

In Bezug auf die vorstehend unter (7) geforderten Erklärungen zu vergleichbaren Referenzleistungen wird die folgende Mindestanforderung festgelegt:

² Hierbei ist es ausreichend, wenn der Abschlusszeitpunkt der Referenz innerhalb der letzten drei (3) Jahre liegt.

- Es sind **mindestens 2** mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzprojekte aus den letzten drei (3) Jahren ausgehend vom Zeitpunkt der Angebotsfrist einzureichen.

Eine Nichterfüllung der benannten Mindestanforderung führt zum Ausschluss des betroffenen Angebots vom weiteren Vergabeverfahren.

Eigenerklärungen sind in Textform einzureichen. Soweit möglich sind die den Vergabeunterlagen beigefügten Vordrucke zu verwenden.

Alle vorzulegenden Nachweise müssen den aktuellen Gegebenheiten und Verhältnissen entsprechen. Der Auftraggeber kann für Informationen, welche in den Eigenerklärungen zur Eignungsprüfung enthalten sind, die Einreichung von Nachweisen in Kopie und zur näheren Überprüfung die Nachreichung des Originals verlangen.

Für den Fall, dass Zweifel an den Eigenerklärungen der Bieter bestehen, behält sich der Auftraggeber insoweit vor, von dem Bieter amtliche/behördliche Bestätigungen durch die zuständigen Stellen zu fordern.

Bieter aus Ländern, in denen oben genannte Nachweise nicht erteilt werden, haben gleichwertige Nachweise zu führen bzw. gleichwertige Erklärungen abzugeben und eine Übersetzung beizufügen.

11 Bietergemeinschaft

Schließen sich mehrere Unternehmen zu einer Bietergemeinschaft zusammen, hat diese mit ihrem Angebot eine entsprechende Angabe im Angebotsschreiben zu tätigen und eine vollständig ausgefüllte Erklärung (gemäß beigefügtem Formblatt „*Erklärung Bietergemeinschaft*“) abzugeben.

In der Erklärung sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen; außerdem ist der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter (geschäftsführendes Mitglied) zu bezeichnen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften als Gesamtschuldner; diese Haftung bleibt auch nach Auflösung der Bietergemeinschaft bestehen.

Die Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft darf im und nach dem Vergabewettbewerb grundsätzlich nicht verändert werden. Ein Austausch von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe ist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich, sofern die Eignung der Bietergemeinschaft nicht berührt wird und keine Wettbewerbsbeeinträchtigung gegeben ist.

Liegt eine Bietergemeinschaft vor, sind die

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen,
- die Angaben zu den Ziffern 1 und 2 der Bieterselbstauskunft,
- der Handelsregistrauszug sowie
- die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Russlandbezugs

nach Maßgabe der in diesen Vergabebedingungen festgelegten Vorgaben für jedes Bietergemeinschaftsmitglied einzureichen. Hinsichtlich der restlichen in Ziffer 10 dieser

Vergabebedingungen aufgeführten Anforderungen an die Bieterreignung genügt es, wenn diese durch die Bietergemeinschaft insgesamt – also kumulativ – erfüllt werden. Dies gilt insbesondere für die Erfüllung etwaiger Mindestanforderungen an die Eignung.

12 Unterauftragnehmer

Sofern der Bieter den Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt, hat er mit dem Angebot eine Erklärung über die Art und den Umfang der Weitergabe von Leistungsbestandteilen (gemäß Formblatt „*Erklärung Unterauftragnehmereinsatz/Eignungsleihe*“) abzugeben.

Als Unterauftragnehmer gelten neben selbstständigen, von dem Bieter rechtlich verschiedenen Unternehmen auch (konzern-) verbundene Unternehmen wie bspw. Mutter- / Tochter- / Schwestergesellschaften und sonstige Dritte, soweit sie Teile der ausgeschriebenen Leistungen ausführen sollen.

Der Auftraggeber kann vor Zuschlagserteilung den Bieter des für die Zuschlagserteilung vorgesehenen Angebotes auffordern, ihm die für die Unterauftragsvergabe konkret bestimmten Unternehmen zu benennen.

Der Bieter, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, hat auf Verlangen des Auftraggebers vor Zuschlagserteilung mittels einer entsprechenden Verpflichtungserklärung der benannten Unterauftragnehmer (gemäß beigefügtem Formblatt „*Verpflichtungserklärung Drittunternehmen*“) nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen sowie zum Nachweis der Eignung der Unterauftragnehmer die ausgefüllte Bieterselbstauskunft nebst Anlagen und die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (jeweils gem. den beigefügten Formblättern) für diese fristgebunden (ggf. innerhalb weniger Tage) beizubringen.

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber überprüfen, ob bei den benannten Unterauftragnehmern des für den Zuschlag vorgesehenen Bieters Ausschlussgründe nach § 123 GWB und § 124 GWB vorliegen. Im Falle des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe nach § 123 GWB hat der Bieter den betroffenen Unterauftragnehmer zu ersetzen. Liegen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor, kann der Auftraggeber verlangen, dass der Bieter den betroffenen Unterauftragnehmer ersetzt. Hierüber entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen.

Soweit sich der Bieter im Hinblick auf die erforderliche Leistungsfähigkeit (Eignung) auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft (Eignungsleihe), gelten zusätzlich die Bestimmungen der nachfolgenden Ziffer 13 dieser Vergabebedingungen.

13 Eignungsleihe

Bieter können gem. § 47 VgV im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der mit diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Dabei fallen unter den Begriff des anderen Unternehmens i.S.v. § 47 Abs. 1 VgV auch Unterauftragnehmer, (konzern-) verbundene Unternehmen wie bspw. Mutter-/ Tochter-/ Schwestergesellschaften und sonstige Dritte.

Ein Rückgriff auf die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder einschlägige Berufserfahrung ist jedoch nur möglich, wenn die hierfür zur Eignungsleihe benannten Unternehmen die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen der Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen gemeinsam mit dem Bieter für die Auftragsausführung haften; eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

Bei Vorliegen einer Eignungsleihe muss der Bieter das oder die andere/n Unternehmen (gemäß beigefügtem Formblatt „Erklärung Unterauftragnehmereinsatz/Eignungsleihe“) bereits mit Angebotsabgabe benennen und ebenfalls bereits mit Angebotsabgabe mittels einer entsprechenden Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens/dieser Unternehmen (gemäß beigefügtem Formblatt „I.6 Verpflichtungserklärung Drittunternehmen“) nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel des/der anderen Unternehmen im Fall der Auftragserteilung tatsächlich zur Verfügung stehen.

Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Deshalb sind für zur Eignungsleihe benannte Unternehmen zum Nachweis der Eignung bereits mit Angebotsabgabe die ausgefüllte Bieterselbstauskunft nebst Anlagen sowie die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (jeweils gem. den beigefügten Formblättern) einzureichen. Weitere Unterlagen sind einzureichen, soweit sich der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft auf die Fähigkeiten dieser Unternehmen zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und/oder Fachkunde beruft. Der Auftraggeber behält sich zudem grundsätzlich vor, im Rahmen der Eignungsprüfung die Vorlage aller weiteren ggf. geforderten Eignungsnachweise und -erklärungen hinsichtlich der zur Eignungsleihe benannten Unternehmen zu verlangen.

Erfüllt das zur Eignungsleihe benannte Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht oder liegen für dieses zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor, so hat der Bieter das betroffene Unternehmen zu ersetzen.

Liegen für das zur Eignungsleihe benannte Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor, kann der Auftraggeber verlangen, dass der Bieter das betroffene Unternehmen ersetzt. Hierüber entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen.

Soweit die zur Eignungsleihe benannten Unternehmen als Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen, gelten zusätzlich die Ausführungen unter Ziffer 12 dieser Vergabebedingungen.

14 Angebotsprüfung und Angebotsbewertung, Zuschlagskriterien

Das nach der Bewertung wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag, wenn keine Ausschlussgründe vorliegen, der Bieter geeignet ist und die angebotenen Preise nicht in einem unangemessenen Verhältnis zur Leistung stehen.

Formale Prüfung

Das Angebot muss vollständig sein und alle in der Aufforderung zur Angebotsabgabe benannten Unterlagen umfassen. Unvollständige Angebote können unberücksichtigt bleiben.

Geforderte Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Angebotsfrist nicht oder nicht vollständig mit dem Angebot vorgelegt wurden, können nach dem Ermessen des Auftraggebers nachgefordert werden. Werden die geforderten Unterlagen nicht innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Nachfrist eingereicht, muss das Angebot des betreffenden Bieters ausgeschlossen werden. Es besteht grundsätzlich kein Anspruch der Bieter auf Nachforderung fehlender Unterlagen. Es wird daher dringend empfohlen, bereits bei Angebotserstellung auf Vollständigkeit zu achten.

Eine Nachforderung von wertungsrelevanten Unterlagen, welche die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, erfolgt nicht. Werden die geforderten wertungsrelevanten Unterlagen nicht rechtzeitig bis zum Ablauf der Angebotsfrist mit den Angebotsunterlagen vorgelegt, wird das betroffene Angebot zwingend vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Eignungsprüfung

Anhand der mit dem Angebot vorgelegten Nachweise und Erklärungen wird die Eignung der Bieter geprüft. Eine Auftragsvergabe an einen ungeeigneten Bieter kommt nicht in Betracht.

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird insbesondere die Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzerklärungen zur ausgeschriebenen Leistung und die Erfüllung der unter Ziff. 10 dieser Vergabebedingungen aufgeführten Mindestkriterien geprüft. Eine Nichterfüllung von einem der benannten Mindestkriterien führt zum Ausschluss des betroffenen Angebots vom weiteren Vergabeverfahren.

Die Auskunft aus dem Wettbewerbsregister sowie ggf. die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister werden insbesondere auf Eintragungen hinsichtlich § 19 Abs. 1 MiLoG geprüft. Sofern ein Eintrag vorhanden ist, der einen Ausschluss rechtfertigen würde, wird der Bieter gem. § 19 Abs. 5 MiLoG vor einer Entscheidung über den Ausschluss angehört.

Angemessenheit der Preise

Der Auftraggeber prüft die vom Bieter mit dem Angebot eingereichten Preise auf deren Angemessenheit. Auf ein Angebot mit einem unangemessen niedrigen Preis darf der Zuschlag nicht erteilt werden.

Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Für die Wirtschaftlichkeit ist nicht allein der Preis maßgeblich, sondern das beste Preis-Leistungs-Verhältnis unter Berücksichtigung folgender Zuschlagskriterien:

- Preis (Gewichtung: 40 %)
- und
- Qualität der angebotenen Leistung (Gewichtung: 60 %).

Die Qualität der angebotenen Leistung wird anhand der Qualifikation und Berufserfahrung des für die Leistungserbringung vorgesehenen Projektteams bewertet.

Im Rahmen der Angebotswertung wird zur Bestimmung des wirtschaftlichsten Angebots für jedes wertungsfähige Angebot die Kennzahl für das Preis-Leistungs-Verhältnis (Z) wie folgt ermittelt:

$$Z(\text{Angebot}) = 0,6 * L(\text{Angebot}) + 0,4 * P(\text{Angebot})$$

wobei

$Z(\text{Angebot})$ = der Kennzahl für Preis-Leistungs-Bewertung des zu bewertenden Angebots,

$L(\text{Angebot})$ = der Leistungspunktzahl des zu bewertenden Angebots und

$P(\text{Angebot})$ = der ermittelten Punktzahl für den Angebotswertungspreis

entspricht.

Auf der Grundlage dieser Formel wird eine Rangfolge der Angebote anhand der Z-Werte erstellt. Dezimalergebnisse werden hierbei kaufmännisch auf ganze Zahlen gerundet. Das Angebot mit der höchsten Kennzahl für das Preis-Leistungs-Verhältnis (Z) stellt das wirtschaftlichste Angebot dar und erhält den Zuschlag. Bei identischer Kennzahl ist die höhere Leistungsbewertung für die Zuschlagsentscheidung maßgeblich. Soweit auch diese identisch ist und es mithin an Unterscheidungskriterien fehlt, entscheidet das Los.

Leistungsbewertung

1. Erfüllung der Mindestkriterien

Vor der eigentlichen Bewertung prüft der AG, ob die im Folgenden benannten Mindestkriterien erfüllt sind:

- Mindestkriterien zum Projektleiter:
 - mindestens sieben (7) Jahre Berufserfahrung als Projektleiter
 - mindestens zehn (10) Jahre Berufserfahrung in der Softwareentwicklung
 - Nachweis über IHK-Zertifizierung
- Mindestkriterien zum Entwicklerteam
 - Größe des Entwicklerteams: besteht aus 4 Personen
 - zwei Mitarbeiter haben mindestens fünf (5) Jahre Berufserfahrung mit Drupal-Programmierungen
 - zwei Mitarbeiter haben einen Drupal Senior Level mit über zehn (10) Jahren Berufserfahrung mit Drupal-Programmierungen
 - ein Mitarbeiter ist DevOps Engineers (Drupal/Linux)
 - vier Mitarbeiter haben eine ACQUIA Drupal 11 Zertifizierung
 - Im Entwickler-Team sind folgende Funktionen vorhanden (ein Mitglied kann auch mehrere Funktionen erfüllen): Sitebuilder, Backend-Entwickler, Frontend-Entwickler, Supporter, technischer Administrator.
- Mindestkriterien zum First-Level-Support
 - Größe des Supportteams: besteht aus 2 Personen

- Alle Personen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung als Fachinformatiker – Fachrichtung Anwendungsentwicklung - oder abgeschlossenes Studium im Studiengang Informatik, Informations- und Kommunikationstechnik oder einem vergleichbaren Studiengang
- Alle Personen haben mindestens fünf (5) Jahre Berufserfahrung im Bereich Softwareentwicklung

- Mindestkriterien zum Backend-Support-Team

- Größe des Backend-Support-Team: besteht aus 3 Personen
- zwei Mitarbeiter haben mindestens zwei (2) Jahre Berufserfahrung als Linux Server Administratoren
- ein Mitarbeiter hat ein abgeschlossenes Studium (Master / Diplom) im Bereich Security Management vorzuweisen
- zwei Mitarbeiter haben Erfahrungen in Hochlast- und Hochverfügbarkeitslösungen und mit Systemhärtung / Sicherheit

Die Nichterfüllung eines der benannten Mindestkriterien führt zum Ausschluss des betroffenen Angebots vom weiteren Vergabeverfahren

2. Bewertung anhand der Bewertungskriterien

Zur Ermittlung der Leistungspunktzahl des zu bewertenden Angebots erfolgt sodann eine Bewertung der Qualifikation des Projektteams anhand der zur ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter des Bieters auf Basis der eingereichten Referenzprojekte mit Blick auf die zu erwartende Qualität der Leistungserbringung.

Die zur Bewertung der Qualifikation des Projektteams maßgebliche Erwartungshaltung des Auftraggebers ergibt sich im Einzelnen aus dem Dokument „II.9 Wertungsmatrix. Es können insgesamt 1100 Leistungspunkte erreicht werden.

Preisbewertung

Für die Preiswertung werden die vom jeweiligen Bieter im entsprechenden Preisblatt angegebenen Stundensätze für die Rollen

- Projektleitung
- Programmierleistungen und technische Beratung
- First-Level-Support
- Backend-Support

herangezogen.

Die Ermittlung des Angebotswertungspreises ($P(\text{Angebot})$) erfolgt somit auf Basis der Angaben der Bieter im jeweiligen Preisblatt wie nachfolgend dargelegt:

Ausgangsbasis sind die vom Bieter für die jeweiligen Rollen angegebenen Stundensätze. Aus diesen vier Stundensätzen wird ein einfacher Mittelwert gebildet. Der so ermittelte Durchschnittsstundensatz stellt den Wertungspreis des Angebots dar und wird für die Preiswertung herangezogen.

Die Bewertung der Angebotswertungspreise erfolgt sodann nach der einfachen Interpolationsmethode.

Für die Angebotswertung wird eine Maximalpunktzahl von 1100 Punkten festgelegt. Die Maximalpunktzahl erhält hierbei das jeweilige Angebot mit dem niedrigsten Angebotswertungspreis. Die Punktzahl der Angebote mit den nächsthöheren Angebotswertungspreisen wird sodann jeweils nach der Formel

$$P_{(\text{Angebot})} = 1100 \times \frac{\text{Niedrigster Angebotswertungspreis}}{\text{Angebotswertungspreis des zu wertenden Angebots}}$$

ermittelt.

15 Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote

Der Auftraggeber informiert gemäß § 134 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

16 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen zum Ausschluss des Angebotes. Werden diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt, berechtigen Sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages.

17 Zuschlagserteilung

Die Zuschlagserteilung erfolgt per Nachricht über die Kommunikationsfunktion das Vergabeportal DTVP. Soweit einer Versendung über das Vergabeportal DTVP technische Probleme entgegenstehen, ist eine Versendung per E-Mail an den in der Bieterselbstauskunft benannten Ansprechpartner des entsprechenden Bieters zulässig.

Der Auftraggeber behält sich vor, vor Zuschlagserteilung einen Nachweis über die im Vertrag geforderten Versicherungen mit entsprechenden Deckungssummen abzufordern.

18 Zuschlags-/Bindefrist

Der Zuschlag erfolgt innerhalb der Bindefrist, die 3 Monate nach Ablauf der Angebotsfrist endet. Bis zum Ablauf der Frist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

19 Datenschutz, Vertraulichkeit, Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren

Der Bieter erklärt seine Einwilligung, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und genutzt werden können. Weitere Hinweise sind dem Formblatt „Datenschutzinformation“ zu entnehmen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft verpflichtet sich, die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die ihm/ihr im Rahmen des Vergabeverfahrens sowie im Rahmen der Leistungserbringung über die Verhältnisse des Auftraggebers bekannt werden, vertraulich zu behandeln und Dritten nicht zugänglich zu machen. Eine entsprechende Vertraulichkeitsvereinbarung (non-disclosure agreement / NDA) liegt den Vergabeunterlagen bei und gilt mit Abgabe des Angebotes in diesem Vergabeverfahren als verbindlicher Bestandteil des Angebots.

Soweit eine Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft erfolgt, gilt die Vertraulichkeitsvereinbarung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft als verbindlicher Angebotsbestandteil.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Beteiligten in einem etwaigen Nachprüfungsverfahren Einsicht in die Vergabeakten nehmen können. Die Bieter werden daher aufgefordert, diejenigen Teile ihres Angebots, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthalten, entsprechend zu kennzeichnen.

20 Sprache

Die Angebote, sämtliche beizubringenden Erklärungen und weitergehende Korrespondenz sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer fremden Sprache eingereicht wird, ist eine Übersetzung beizufügen.

21 Zuständige Nachprüfungsstelle gemäß § 159 GWB

Anträge zur Nachprüfung von behaupteten Vergabeverstößen sind an das

Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes

Kaiser-Friedrich-Str. 16
53113 Bonn

Telefon: +49 (0) 228 94 99-0
Telefax: +49 (0) 228 94 99-163

zu richten.